

zu ihm eine öffentliche, von sechshundert Personen besuchte, vom deutsch-nationalen Radfahrerverband einberufene Radfahrerversammlung mit allen gegen eine Stimme eine Resolution an, worin die gelesgegebenen Hamburger Körperschaften gebeten werden, von der Einführung des Nummern- und des Fahrradkartenlösungszwanges abzusehen.

Die neue **Konfessionsverordnung des Bundesrats**, die am 1. Juli d. Z. in Kraft getreten ist und nur auf den Werkstättenbetrieb im Großen, nicht aber auch auf Detailgeschäfte, die Arbeitsstuben unterhalten, Anwendung finden soll, hat bereits infolge zu Unzuträglichkeiten geführt, als die Organe der subalternen Behörden die Grenzen zwischen dem kleinen und Großbetrieb nicht überall innezuhalten vermögen.

So sind in Berlin in vielen Detailgeschäften die Arbeitsstuben durch Schutzzelle geschlossen worden. Um eine gerichtliche Entscheidung über die Auslegung der Verordnung herbeizuführen, wird von dem „Konf.“ vorge schlagen, daß diejenigen Berliner Detailgeschäfte, welche Arbeitsstuben unterhalten müssen, sich vereinigen; vorbereitende Schritte sollen bereits von einigen Ladeninhabern eingeleitet sein.

**Berlin, 16. Juli.** Das Telegramm des Kaisers an den Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe ist dadurch zur Veröffentlichung gelangt, daß der abgehende Minister von Dergen vor der Abreise des bisherigen Regenten aus Demold dasselbe in einem größeren Kreise von Personen vorlas. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt dazu: Diese Veröffentlichung hat wieder viel böses Blut gemacht und giebt namentlich in der außerordentlichen Presse Anlaß zu entsprechenden Gerüchten. Die ganze Fassung des Telegramms: die Anrede des Prinzen durch den Kaiser mit „Du“, die familiäre Erwähnung der Prinzessin z. d. Th. erkennen, daß es sich um eine private Mittheilung handelte, in der die Worte nicht auf die Wagschale gelegt werden. Ein Minister aber, und wäre es nur ein Minister von Lippe-Demold, hätte sich fragen müssen, daß in der Öffentlichkeit der Satz: „Einen besseren und würdigeren Herrn und auch Herrin wird Demold nie wieder erhalten“, als eine Kritik des soeben ergangenen Schiedsgerichts, des neuen Regenten und des künftigen Fürsten aufgestellt werden können. Es ist heut zu Tage die Pflicht jedes an verantwortlicher Stelle befindlichen politischen Mannes, auf die möglichste Vermeidung der Anlässe zur Hinzuziehung des Kaisers in die öffentlichen Erörterungen hinzuwirken; um so weniger sollten solche Anlässe noch durch die Veröffentlichung privater Äußerungen des Kaisers gegeben werden. Dies hätte Herr von Dergen dem Prinzen Adolf vorzulegen müssen.

— Die Rede des Ministers Thiesen bei der Eröffnungsfeier der Mühlsteiner Brücke lautete: „In Gegenwart E. k. k. königlichen Hoheit des Bringen Friedrich Leopold, des Erlauchten Vizekönigs unseres allergnädigsten Kaisers und Königs, sind wir hier in feierlicher Stunde versammelt, um ein Bauwerk seiner segnenbringenden Bestimmung entgegen zu führen, welches als das größte Monument deutscher Ingenieurkunst und deutschen Arbeitsfleißes einst in seiner Art dasteht. Mit gerechtem Stolz können wir alle auf dieses Werk sehen und besonders die jungen Männer, die dieses Nischenwerk geschaffen, die den Plan dieses Verkehrsweges erdachten und ihm die vollendete, fähige Gestalt gegeben haben, und die in der Werkstätte und auf der Baustelle an seiner Ausführung theilhaftig gewesen sind. Die höchste Anerkennung mögen die Stadt und das Bergische Land und besonders die beiden Städte darin finden, daß E. Majestät der Kaiser Allergnädigt geruht haben, dem Bauwerk, dessen Vogen am 22. März gelassen worden sind, an dem Tage, an dem ganz Deutschland und das weisevolle Andenken an seinen großen Kaiser feierte, den Namen „Kaiser Wilhelmbrücke“ zu geben. Weislich lautet dieser Name am Scheitel der Brücke über Verg und Thal. So Gott will, wird das Bauwerk zum Segen der reichen dem Lande ringsum unter dem mächtigen Schutze und Schirm des weisen und mächtigen Regiments des Hohenzollernhauses, der Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe, unermüdete Arbeitskraft und Schaffensfreudigkeit sind die Fierden der Städte und der Höhen des Bergischen Landes immer gewesen. Möge für alle Zukunft so sein, dann wird bei diesem neuen Verkehrsweg Gottes Segen nicht fehlen. In diesem Sinne gestatten mir E. k. k. königliche Hoheit und alle Festgenossen, an Sie eine Bitte zu richten, sich in dem Rufe zu vereinigen: „Das Bergische Land, dieses Jüwel in der Krone Preussens, lebe hoch!“

Bei dem Frühstück in der "Concordia" zu  
ßen an der Festtafel zur Rechten des Prinzen  
riedrich Leopold Minister v. Miquel, Ober-  
äsident  
asse, Eisenbahndirektionspräsident  
ult, links vom Prinzen saßen Minister Thielen, ver

Generalmajor v. Mitsch, Regierungspräsident  
Frhr. v. Rheinbaben, dem Prinzen gegenüber  
der Oberbürgermeister v. Böhlen. Prinz Fried-  
rich Leopold brachte mit zündenden Worten ein  
Gurrah auf den Kaiser aus. Geh. Kommerzien-  
rath Friedrich (Reinhold) brachte ein Hoch auf  
den Prinzen Friedrich Leopold aus. Um 3¼ Uhr  
erfolgte die Wagenfahrt des Prinzen und der  
Gäste nach der Thalierrre.

— Bremer politische Vereine und der Vorstand des Bremer allgemeinen deutschen Schulvereins haben an den Bürgermeister von Uger folgendes Schreiben gerichtet: „Die Vorstände der bremischen Vereine senden Ihnen und allen Theilnehmern am dortigen deutschen Volkstage ihren herzlichsten Gruß. Sie beglückwünschen Sie und alle Deutsch-Oesterreicher, die so wachsam und heldenmüthig ihr schwer angegriffenes Deutschtum vertheidigen. Auch nach der politischen Trennung zwischen Oesterreich und dem deutschen Reichs sind die Abstammung, die deutsche Muttersprache, deutsche Gesittung, deutsche Wissenschaft und deutsche Kunst ein gemeinsames Deutschtum der Deutschen diesseits und jenseits des Erzgebirges. Wenn Sie fortfahren, diese theuren Güter gegen slawischen Uebermut zu schützen, so schlägt das Herz eines jeden guten Deutschen für Sie.“

— Mit der Einrichtung eines Mehlmartens bejaßigte sich die Bäckereinung „Concordia“ in einer Sitzung am Mittwoch Abend. Die Verhandlung darüber war sehr lebhaft, auch Vertreter der Mehthändler waren anwesend, von denen einer dringend warnte, irgend welche Beschlüsse zu fassen, da die Regierung, die selbst eingesehen habe, daß die gegenwärtigen Zustände unhaltbar seien, bald eintreten werde. Der „Post“ zufolge wurde mit großer Mehrheit der folgende Beschuß gefaßt: „Die Bäckermeister machen von allen abgeschlossenen Mehlfäufen mit Angabe des gemachten Preises und der Firma der Redaktion des Zununungsorgans „Concordia“ sofort Mittheilung; allwöchentlich werden dann diese Preisnotirungen veröffentlicht und diese dienen den Bäckermeistern als Unterlage bei Mehlfäufen“. Ferner wurde eine Petition an die Regierung beschloffen mit der Bitte, baldmöglichst öffentliche Preisnotirungen veranlassen zu wollen, das Bäckergewerbe werde durch die Unterlassung der Preisnotirungen schwer geschädigt.

— Der „Hamb. Korr.“ meldet offiziös aus Berlin: Von irgend welchen Entschärfungen der Forts bezüglich der Friedensbedingungen der Großmächte ist zur Zeit nichts bekannt, ebenso wenig auch von Vorschlägen zwischen den Großmächten über Zwangsmaßregeln; vollends glaubt man nicht an ein gesondertes Vorgehen Frankreichs und Oesterreichs, da dadurch die Basis der gesamten Aktion und die Uebereinstimmung der Mächte in Frage gestellt würde. Falls der Sultan sich bereit erklärt, Dessauten bis zum Benene zu räumen — wie von Wien aus gemeldet wird —, würde darin kein Entgegenkommen zu sehen sein, da die Türkei ihre Forderungen bisher schon auf diese Linie beschränkte.

— Das disziplinarische Vorgehen gegen die Hler Universitätsprofessoren Baumgarten und Zehn am Hofenberg ist der „*Öst. Corr.*“ zufolge eingestellt worden. Die beiden Professoren hatten während des Hamburger Hafenausstandes einen Aufseuf zu Gunsten der Ausständigen unterzeichnet und waren verantwortlich darüber benannt worden, wie sie es mit ihren Pflichten als Staatsbeamte vereinbaren könnten, in einseitiger Weise eine sozialdemokratische Aktion zu unterstützen. Ihre Antwort lautete dahin, daß der Minister über den Vorfall nicht richtig berichtet worden sei; es habe sich gar nicht um eine sozialdemokratische Aktion gehandelt. Jetzt ist von dem Minister an die beiden Professoren der Beiseide ergangen, daß er von der Erklärung, es habe nicht in ihrer Absicht gelegen, eine sozialdemokratische Aktion einseitig zu unterstützen, Kenntnis nehme und daß damit der Anlaß zu disziplinarischem Einschreiten fortalle.

— Wie die „Samb. Nachr.“ vernehmen, ist die Sam-Jab-Bai bei Futtsin in den südchinesischen Gewässern als deutsche Rohlen- und Flottenstation ins Auge gefaßt. Die Bahl dieses Punktes wäre eine sehr glückliche, da die chinesische Küste hier eine durch eine vorliegende Landzunge völlig abgeschlossene geräumige Bucht von etwa 50 km Länge und 8 bis 30 km Breite mit gutem Untergrund bildet und ihr einziger Zugang durch Befestigung der südlichsten der in ihr gelegenen Inseln leicht völlig abzusperren ist. Unweit der Bucht liegen die chinesischen Städte Juning am Norden und Ningzhe im Süden. Die Sam-Jab-Bai liegt etwa 12 deutsche Meilen nördlich von Futschan und etwa 102 bis 107 Meilen von Hongkong und Macao entfernt, am Nord-Eingang der wichtigen Handelsstraße von Fokien und daher in dem Handelsverkehr an der gesamten Küste Chinas sehr günstiger Lage. Sie ist bei etwa 27° n. Br. dem Zufrieren nicht ausgesetzt.

— In den von dem badiſchen Miniſterium des Innern herausgegebenen Verichte über die Jahre 1889—1896 befindet ſich ein Abſchnitt über Organifation des Gewerbes, worin es heißt: „Es wurde immer wieder da und dort der Wunſch laut, daß den Gewerbetreibenden die möglichſte Möglichkeit, ſich eine Vertretung zu ſchaffen, gegeben werden möge, und dieſer Wunſch nun auch bei den im Jahre 1884—85 veranſtalteten Erhebungen über die Lage des Klein-gewerbes zum Ausdruck. In einer Verathung über dieſe Enquete trat dann auch die 2. Kammer dieſer Frage näher und faßte unterm 1. Juli 1888 einen Beſchluß dahin, die Regierung wolle die Errichtung von Gewerbekammern erwägen.“ Die in Folge hierbon Verholt eingeleitete Prüfung führte zur Ausarbeitung eines vorläufigen Geſetzentwurfs, über welchen zunächſt ſowohl die gewerblichen Ver-einigungen, als die Handelskammern gutächtl-ich abgeurtheilt wurden. Das Ergebniß dieſer Erhebun-gen entſpricht nicht der gehegten Erwartung, viel-mehr führte die durch den Entwurf bewirkte Klärung über Einrichtung und Aufgaben der Gewerbekammern vielfach eine kühnere Faltung der bisherigen Anhänger herbei. Die Mehrzahl der Gewerbevereine ſprach ſich gegen jegliche Gewerbetretung aus, einzelne Vereine nahmen ſoweiſt als Schein vor finanzieller Belaſtung eine zuwartende Stellung ein, und nur eine Minderheit in der Hauſpache, die im Pfälzgaub- und vereinigten Gewerbevereine, ſowie die

Stimmungen und Handwerkervereine entschieden sich im Grundfals für die in Frage stehende Einrichtung. Von einem in weiteren Kreisen bestehenden Bedürfnis zur Errichtung von Gewerbekammern konnte hierauf offenbar nicht die Rede sein. Die Errichtung von Gewerbekammern durch Gesetz für das ganze Land anzurufen, lag ein hinreichender Grund nicht vor, wohl aber schien es gerechtfertigt, der seit Jahren festgehaltenen Ansicht der Minderheit insofern Rechnung zu tragen, daß durch geschickte Anordnung die Möglichkeit gegeben werde, da, wo wirklich ein bezüglicher Wunsch besteht, die Gewerbetreibenden eines Bezirks auch gegen den Willen Einzelner in einer Gewerbekammer zusammenzufassen. . . . Der Gesetzentwurf wurde von den Landständen angenommen, aber mit einer von der 2. Kammer vorgeschlagenen wesentlichen Veränderung des § 1, dahin gehend, daß die Errichtung der Gewerbekammern nur bei Zustimmung der Mehrheit der betheiligten d. h. der eventuell beitriffspflichtigen Gewerbetreibenden erfolgen darf. Es sollte damit die Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß vielleicht in Folge einer sehr rührigen Agitation einer Minderheit die Mehrheit der Gewerbetreibenden eines Ortes oder Bezirks zur Bildung einer Gewerbekammer gezwungen werden könnte; andererseits aber ist nicht zu verkennen, daß durch diese einschränkenden Bestimmungen die Errichtung von Gewerbekammern außerordentlich erschwert, ja geradezu in Frage gestellt würde. Selbst diejenigen Gewerbevereine, welche die Schaffung von Gewerbekammern mit dem größten Nachdruck betrieben hatten, erklärten, daß es bei der Theilnahmslosigkeit vieler Gewerbetreibenden so gut wie ausgeschlossen sei, die verlangte Majorität zu gewinnen, und daß überdies um jene Zeit auch bekannt wurde, daß die Reichsregierung beabsichtige, ihrerseits die Organisation des Handwerks in die Wege zu leiten, so blieb das unter Nr. 22. Juni veröffentlichte Gesetz über die Gewerbekammern bis jetzt ohne praktische Folgen."

Eine ganz ähnliche Erfahrung wird aus dem Bereich der Landwirtschaft berichtet. Hier handelt es sich um die Bildung von Getreide-Verkaufsgenossenschaften. Wir haben das Vermögen um die Bildung solcher immer als berechtigt anerkannt und auch der finanziellen Unterstützung derselben durch den Staat, für die in Preußen eine Anzahl Millionen in den letzten Jahren bewilligt worden, zugestimmt. Wie es aber um die Beteiligung der Landwirthe an derartigen Unternehmungen steht, das ist eine offene Frage. Der Bericht des badiischen Ministeriums enthält dazu einen Beitrag in Mittheilungen, aus denen wir Folgendes hervorheben: „Im Jahre 1894–95 sah das Ministerium sich veranlaßt, über die einschlägigen Verhältnisse in einigen der am Getreidebau hauptsächlich beschäftigten Amtsbezirke (Buchen, Donaueschingen und Neßkirch) nähere Erhebungen zu veranlassen. Dabei ergab sich, daß es an der Möglichkeit des Abzuges des Getreides um den laufenden Marktpreis nicht fehlte, daß die Produzenten aber um den damaligen niederen Preis nicht verkaufen wollten. Was gewünscht wurde, war demnach auch weniger die Schaffung von Absatzgenossenschaften, als vielmehr die Erhöhung d. r. Marktpreise, ein Wunsch, dessen unmittelbare Erfüllung sich allerdings der Einnahme der Ministeriums entzieht. Um so nachdrücklicher wurde dagegen auf die Vertheiligung einer besseren Organisation des Getreideabzuges der Produzenten hingewirkt, von welcher mittelbar wenigstens auch eine Erhöhung der Preise erwartet werden konnte. Auch der badijische Landwirtschaftsrath beschäftigte sich in der Tagung von 1895 mit der Förderung des Getreideabzuges. Nachdem die von ihm ernannte Kommission v. A. die Errichtung von Getreideabzugs-Genossenschaften empfohlen hatte, wurden im Laufe des Jahres 1895 zunächst in Eppingen Verhandlungen zu

ten Zwecken eingeleitet, welche schließlich zur Gründung einer Getreidebaugenossenschaft dafelbst geführt haben. Es gelang, für die Zwecke der Genossenschaft den für die Eigenabgabenerhebung entbehrlichen Theil des Güterschuppens am Bahnhof Eppingen mietweise zu erwerben. In diesem wurden die nöthigen Einrichtungen getroffen, und die Genossenschaft erhielt zur Deckung ihres Aufwandes dafür, sowie für Miete der Lagerhalle und für Beheizung der nöthigen Gebäude zu einem Staatsbeitrag von 2700 Mark. Im Urtheil über den Erfolg des Unternehmens wäre zur Zeit verfrüht, indessen ist nicht zu verkennen, daß dasselbe nicht unerhebliche Schwierigkeiten zu überwinden hat, welche dauerlicherseits auch auf die in bauerlichen Kreisen vielfach herrschende Abneigung gegen derartige genossenschaftliche Einrichtungen zurückgeführt werden müssen. Eine Folge dieser Abneigung ist es jedoch auch, daß bis jetzt das in Eppingen gebrauchte Beispiel trotz aller Aufmunterungen dazu und ungeachtet der vom Ministerium wiederholten Andagegebenen Bereitwilligkeit zur Gewährung von Beihilfen aus der Staatskasse keine Nachfolge gefunden hat. . . . Es ist gleichzeitig, zunächst der Direktion des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Buchen, wo nach Lage der Verhältnisse am meisten Aussicht auf Erfolg zu bestehen schien, der Betrag von 2500 Mark aus der Staatskasse zur Verfügung gestellt worden, um daraus Geldprämien an Landwirthe zu gewähren, welche den gemeinschaftlichen Verkauf ihres entbehrlichen Getreides bewerkstelligen. . . . Im Laufe des Jahres 1895—96 kamen 43 Prämien zu 10 Mark für je 200 Zentner genossenschaftlich in den Handel gebrachten Hafer und Spelz durch die Direktion des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Buchen zur Vergebung, und es wird berichtet, daß sich in vielen Gemeinden des mitbezirks, veranlaßt durch die Aussicht auf Prämien, eine bemerkenswerthe Regelmäßigkeit gezeigt habe. Die Maßregel wird daher bis auf Weiteres aufrecht erhalten.“

Dazu schreibt die „Nat.-Ztg.“: Daß den euten aus der Staatskasse noch Geld zugezählt ist für die Benützung einer vom Staate geöffneden Einrichtung, die angeblich einem Ver- trisfnis ihres Gewerbetriebes entspricht, ist ge- zt ein Höhepunkt staatlicher Fürsorge. Aber w es etwaigen „Erfolgen“ einer derart geförder- ten Einrichtung wird sich kein Schutz auf ihre Noth- 3 denigkeit und Nützlichkeit ziehen lassen.

**Oesterreich: Ungarn.**

Eger, 15. Juli. Die Erbitterung unter Deutschen ist im Steigen begriffen: allen

czechischen Beamten wie den Tschechen überhaupt wurden die Wohnungen gekündigt; jeder Verkehr zwischen deutschen und czechischen Elementen hat aufgehört.

Die Abzicht, Paris zum Seehafen zu machen, besteht schon seit langer Zeit, und wenn nicht das Panama-Unternehmen einen so kläglichen Ausgang genommen hätte, wäre wahrheitsgemäß eine oder der andere von den ausgearbeiteten Entwürfen zur Ausführung gekommen. Die Frage ist nun wieder auf die Tagesordnung gebracht, und die Kommission der Deputirtenkammer zur Unterstützung der Mäßigkeit eines Seefanals von Paris nach Rouen hat der Kammer kürzlich ihren Bericht vorgelegt. Dieser Kanal würde dem Laufe der Seine folgen mit Ausnahme zweier Punkte, wo er den Fluß schneidet, nämlich in der Schleife zwischen Duffel und Pont-de-l'Arche unmittelbar südlich von Rouen, und in dem Bogen zwischen Sartroville und Bezons bei Paris; der Kanal würde mithin auf dem linken Ufer der Seine laufen und den Wasserweg nach Paris um 33 km verkürzen. Seine Länge beträgt 185 km, seine Breite in den grablängigen Theilen 35 m, in den Kurven 45 m, seine Tiefe 6,20 m, jedoch Schiffe mit 5,90 bis 6 m Tiefgang, d. h. alle Schiffe, die vom Meere aus bis Rouen hinauffahren, ihn benutzen können. Eine der Haupt-schwierigkeiten bei dem von Bonquet de la Prére aufgestellten Entwürfe besteht in der Unterführung des Kanals unter den Brücken, die mit einer beweglichen Strecke zum Durchlaß — als Zugbrücke oder Drehbrücke — eingerichtet werden sollen. Der Kanal würde im Ganzen 30 Brücken erforderlich machen, und zwar 22 für die Straßen und 8 für die Eisenbahnhöfen der Weltgesellschaft. Zwei Brücken würden sich bis zu einer Höhe von 22,50 m über dem W. spiegel erheben müssen, nämlich die auf der Eisenbahnlinie Paris-Rouen beim Eintritt in letztere Stadt und die bei Argenteuil. Beim Passiren dieser Brücken, welche keine Durchlaßvorrichtung erhalten, hätten die Schiffe die oberste Stange des Mastes einzuziehen. Der Kanal soll bei Paris-Gichy in einem B. den von 40 ha Flächeninhalt enden, dessen Staden eine Länge von 6340 m hat; andere kleinere Häfen sollen in den Lauf des Kanals eingekanaligt werden. Die Kosten für die Gesamtanlage werden auf 1.0 Millionen Franken bemessen. Die Kommission hat die Zustimmung der Regierung zu diesem Entwurfe nachgeholt, der durch eine Privat-gesellschaft mit einer für 99 Jahre abzuliefern-den Konzession ausgeführt werden soll. Die Gesellschaft verlangt weder Zuschüsse noch Zins-bürgschaften von der Regierung und will höchstens 3,25 fr für die Tonne Schiffsfracht sowohl für die Vergahrt wie für die Thalsahrt als Kanal-gebühr erheben. Die gewöhnlichen Flußfahrzeuge würden Gebühren nur bei Nacht für die Beleuchtung des Kanals zu entrichten haben, sowie beim Passiren der Unterführungen von Duffel und Sartroville. Die Gesellschaft verzicht außer diesen Kanalgebühren die Abgaben für das Anlegen am Staden zum Laden und Entladen der Schiffe sowohl im Haupthafen von Paris-Gichy als auch in den Nebenhäfen. Der Kanal würde eine erhebliche Verbilligung aller Frachten zur Folge haben und bei sofortiger Zuangriffnahme des zur Ausführung von 1900 zur Einweihung fertiggestellt werden; demgemäß bekräftigt die Kommission der Kammer die Annahme eines einzigen Artikels, der erklärt, daß der Plan eines Seefanals von Rouen nach Paris von öffentlichem Nutzen sei.

Seit Michshengebenden ist in Rom kein Fürst mit solcher Gleichgültigkeit, ja Kälte aufgenommen worden, wie Ferdinand von Bulgarien, trotzdem die offiziöse Presse nachdrücklich darauf hingewiesen hatte, daß Fürst Ferdinand der erste katholische Fürst sei, der dem italienischen Könige offiziell seinen Besuch im Antrinal abtutete. Selbst König Humbert schien dem Besuche nur geringes Gewicht beizulegen, denn er war zum Empfange des Fürsten weder persönlich am Bahnhof erschienen, wie er das sogar zum Empfange des Königs von Siam gethan hatte, noch hatte er einen Prinzen als seinen Stellvertreter gesandt. Dagegen erwarteten den Fürsten am Bahnhof zwei türkische Gesandtschaftsräthe, wodurch die römische Bevölkerung recht deutlich darauf hingewiesen wurde, daß Bulgarien nominell noch immer zur Türkei gehörte. Auf der Fahrt nach dem Antrinal geschied späterhin bei den Ausfahrten des Fürsten niemand von niemals die Gvobaruie, mit den n die Römer sonst so freigiebig sind. Zunächst nahm man gar keine Notiz von ihm und unterließ es, zu grüßen. Man hatte in Rom von vornherein keine großen Sympathien für „Ferdinando Apofata“, denn bei aller politischen Begeriertheit zum Vatikan ist die römische Bevölkerung doch gut katholisch, und die gewalttame Untaufe des Prinzen Boris hat ihr nicht gefallen können. Dazu kommt nun noch der Umstand, daß die Gemahlin des Fürsten — bekanntlich eine geborene Prinzessin von Parma — auf die schon angekündigte Begleitung ihres Gemahls unpflichtig und ohne fristigen Grund wieder verzichtet hatte. „Dieser Fürst“, so sagte man sich in Rom, „muß doch ganz und gar ohnmächtig sein, wenn er nicht einmal seine Gemahlin veranlassen kann, eine eingegangene Pflichtenverpflichtung zu erfüllen.“ Auch der Versuch, durch einen zum Interview befohlenen Reporter, denen gegenüber der bulgarische Ministerpräsident Stoflov vom lebenswichtigen Einkommen über Italien förmlich überfloss, die öffentliche Meinung zu Gunsten des Fürsten umzustimmen, mißlang. So ist denn Ferdinand von Bulgarien schon nach zwei Tagen aus Rom wieder abgegangen.

**Rom, 15. Juli.** Senat. Gelegentlich der  
erathung des Budgets des Auswärtigen be-  
antwortete der Minister des Auswärtigen Vi-  
centi-Venosta eine Anfrage des Senators Parezo  
Bezug auf die Friedensverhandlungen zwischen  
Griechenland und der Türkei. Der Minister er-  
klärte hierbei, daß die vermittelnde Thätigkeit der

Mächte bei der Pforte auf Schwierigkeiten gestossen sei, die namentlich die Grenzberichtigung betreffen. Allein die Mächte stimmen darin überein, die Friedensbedingungen aufrecht zu erhalten, die sie selbst aufgestellt haben. Man erwartet jetzt die Antwort der Pforte. Der Minister spricht den Wunsch aus, daß die Antwort der Abschluß der Verhandlungen erleichtern werde und hegt das Vertrauen, daß die feste Haltung und die Einigkeit der Mächte eine baldige Lösung der jetzigen Zustände herbeiführen werde, deren längeres Anauern mit Gefahr verbunden sei. Die italienischen Schiffe und Truppen, welche die Regierung in Würdigung der Uebereinstimmung der Mächte nach Kreta entsandt hat, würden so lange dort bleiben, bis die Mächte beschließen werden, die Besetzung aufzuheben. Es herrschte volle Uebereinstimmung zwischen den Mächten über die zur Verfestung der Autonomie von Kreta zu ergreifenden Maßregeln. Die Verzögerung derselben hänge mit dem langsamem Fortschreiten der Friedensverhandlungen zusammen, sobald aber die letzteren zum Abschluß gelangen, würde das künftige Schicksal Kretas geregelt werden. (Beifall.) Der Berichterstatter Anton spricht namens der Kommission deren Zustimmung aus zu der Haltung der Regierung in der Kretasrage und in den Orient-Angelegenheiten und giebt dem Vertrauen Ausdruck, daß die Uebereinstimmung der Mächte die Türk-Veranlassung werde, die Reformen zu bewilligen, welche heute, nach den militärischen Erfolgen der Türkei, als ein freiwilliges Zugeständnis an die Zivilisation aufgeführt werden würden. Das Budget des Ansehens wird darauf bewilligt.

**Rom,** 5. Juli. Der „Kardinalre Romanos“ veröffentlicht ein an den Kardinal Dreglia gerichtetes Schreiben des Papstes, worin derselbe seinen Dank denjenigen Bischöfen auspricht, welche gelegentlich der letzten Heiligpredchung nach Rom gekommen sind und eine Abreise unter Zwang haben, in welcher sie ihre unbedingte Unabhängigkeit an den heiligen Stuhl zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig ermahnt der Papst die Bischöfe, diese Gesinnung der katholischen Welt einzuprägen und dahin zu wirken, daß die Kirche der orientalischen Dissidenten sich mit der römischen Kirche vereinigt. Es erscheine jedenfalls notwendig, daß der apostolische Stuhl diejenige Stellung wieder erlange, welche ihm von der Vorsehung bestimmt ist. „So lange die Unzufriedenheiten und Schwierigkeiten fortbauern, welche ihn heute bedrücken, werden wir lieber die dem Papstthum angeliebte Gewalt unangetastet lassen und diejenigen Rechte fordern, welche unsere Freiheit stifteten.“

**London** 15. Juli. In ihrem Dankschreiben für die Glückwünsche der Deutschen in London sagt die Königin: „Unter den zahllosen Beweisen der Theilnahme und treuer Anhänglichkeit, die Wir in diesem Jahre aus dem In- und Auslande zugekommen sind, nimmt die loyale Kundgebung der Deutschen Londons einen hervorragenden Platz ein. Ich nehme mit herzlichster Genugthuung davon Kenntniß, daß die Deutschen unter dem Schutz und Schirm der englischen Gesetzgebung und Meiner Regierung sich wohl und zufrieden fühlen. Möge das gute Einvernehmen der in England lebenden Deutschen mit den Engländern stets ungetrübt bleiben zu gegenseitigstem gegenseitigen Wirken beider Theile!“

**Schweden und Norwegen.**  
**Odde, 15. Juli.** Die Nachforschungen nach der Leiche des verunglückten Vientenanzs zur See von Bahne, welche von einer großen Anzahl von Mannschaften fortgesetzt werden, sind bisher ohne Erfolg verlaufen. Ein deutsches Torpedoboot ist hier zurückgeblieben, um die Leiche des Verunglückten nach deren Auffindung nach Deutschland zu überführen.

mittag traten die Botschafter der Mächte in Verona zu einer Berathung zusammen, in deren Verlauf der türkische Minister des Aeußeren Tewfik Pascha erschien, um den Botschaftern den in der gestrigen Sitzung des Ministerraths gefaßten Beschluß mitzutheilen. Die Fortsetzung der Friedensverhandlungen wird in den nächsten Tagen erwartet.

**Afrika.**  
Zeila, 15. Juni. Aus Abis-Abcha wird vom 23. Juni gemeldet, daß die italienischen Offiziere Bannetelli und Citerni, welche bei der Umdarmegelung der Expedition Bodego entkamen, bei dem Major Nerazzini in Abis-Abcha angekommen sind. Dieselben berichten, daß Dr. Sacchi die Expedition in der Gegend des Indolf-Sees verlassen habe und daß ihnen über seine weitere Schicksale nichts bekannt geworden ist.

**Bremen, 15. Juli.** Die Hanseatische Spinnerei hat wegen des unter den Feinspinnern und Webern ausgebrochenen Streiks sämtliche Arbeiter entlassen. Die Norddeutsche Wollspinnerei ist durch diesen Streik fast betriebsunfähig gemacht.

**Triest**, 15. Juli. Die Obstpflücker und Pflückerinnen, etwa tausend Personen, haben wegen verweigerter Lohnaufbesserung die Arbeit eingestellt.

**Stettin**, 16. Juli. Eine Anzahl von Edhöhen des himmlischen Reiches, zum Theile hohe Würdenträger, stattenen heute der Werkstätte „Wulkan“ einen Besuch ab, zunächst der kaiserl. chinesische außerordentliche Botschafter Chang Yin Swan, dessen erster Sekretär Hsin Shun und der kaiserl. chinesische Gesandte in China Cheng in Berlin, von dem Hsungi anen der Direktor Sui Liang, der Sektionsdirektor Ku Shoo Hsing und die Sekretäre Hsin Naifio und Sen Chao Sang, ferner der hiesige Konsul in Singapore Loo Yu Ping, die kaiserl. Li Kiu I und Fang, der Eliveträppte Tsan Tze Ni und der Dolmetscher, Legations-Sekretär Dr. Kreyer. Der außerordentliche Botschafter ist bereits ein bejahrter Herr, welcher aber noch überaus rüstig erscheint und sich nur selten aus den mitgeführten Stod



Spätkriegs" eine Delegation des Pariser Kongresskomitees ein Geleß einzubringen, betreffend die Ermäßigung einer Lotterie von 6 Millionen Francs für die Opfer der Ueberfluthungen. Die Summe ist dafür nicht hinreichend, weil jeder Tag neue Katastrophen bringt.

**Madrid, 16. Juli.** Aus Havanna wird die Nachricht demittirt, daß in einem kubanischen Regiment Murrelei ausgebrochen sei.

**London, 16. Juli.** „Standard“ meldet aus Paris, daß in den letzten Tagen ein lebhafter Telegraphenwechsel zwischen den Kabinetten von Madrid und New-York, betreffend Kuba, stattgefunden habe.

„Daily-News“ melden, der Prinz von Wales werde sich nach der Regatta von Cowes nach Hamburg begeben.

**London, 16. Juli.** Zwei Schiffsbau-firmen sind aus dem Syndikat der Arbeitgeber ausgetreten und haben ihren Arbeitern den Achtundtag bewilligt.

**Warschau, 16. Juli.** Nach vorhergegangenen Hausdurchsuchungen fanden in den letzten Tagen zahlreiche Verhaftungen polnischer und jüdischer Studenten statt. Man bringt dies in Verbindung mit den kürzlich in Charlottenburg bei Berlin stattgefundenen russischen Studenten-Verhaftungen.